

**3792/AB XXI.GP**

---

**Eingelangt am: 01.07.2002**

Bundeskanzler

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Einem und Genossinnen haben am 30. April 2002 unter der Nr. 3819/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend "Österreichplattform" gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

Ziel der "Österreichplattform" ist es, den Österreicherinnen und Österreichern ein Dialog- und Diskussionsforum zum Thema "EU-Erweiterung" zur Verfügung zu stellen, Im Rahmen dieses Dialogforums soll eine umfangreiche und offene Diskussion zu allen Aspekten der EU-Erweiterung stattfinden.

Zu Frage 2:

Ja, da durch die Aktivitäten der Österreichplattform es gelungen ist, eine breite Öffentlichkeit mit Themen der EU-Erweiterung zu konfrontieren.

Zu Frage 3:

Die Gesamtkosten der Österreichplattform inkl. der von der Wirtschaftskammer Österreich und der Industriellenvereinigung anteilmäßig übernommenen Geldmittel haben sich auf € 1.417.120 (ATS 19,500.000,--) belaufen.

Zu Frage 4:

Ja. Diese Feststellung ergibt sich aus dem Eurobarometer (November 2001), das eine Steigerung der Unterstützung der EU-Erweiterung um 13% auf 46% im Vergleich zum Frühjahr 2001 ausweist.

Weiters konnte das subjektive Informationsniveau von Sommer 2001 bis Jahresende 2001 um 8% auf 46% gesteigert werden. (Fessel/GFK Ostmonitor 3. Welle 2001). Letzte Umfragen zeigen, dass mittlerweile 64% der Österreicherinnen für eine EU-Erweiterung sind.

Zu Frage 5:

Es wurde ein Rahmenvertrag mit der Agentur Ogilvy & Mather nach Durchführung eines Verhandlungsverfahrens nach den Bestimmungen des Bundesvergabegesetzes als Bestbieter am 23. Mai 2002 zur Unterstützung der Informationstätigkeit der Bundesregierung zum Thema "EU-Erweiterung" abgeschlossen.

Zu Frage 6:

Eine Relaunch der bestehenden Homepage der Österreichplattform wird inhaltlich einen Teil der Informationsmaßnahmen und -Veranstaltungen enthalten und nach erfolgter Abstimmung der Maßnahmen zu gegebener Zeit auf der Homepage abgefragt werden können.

Zu Frage 7:

Zwischen Juli und November 2001 wurde im Rahmen der Österreichplattform in fünf ganztägigen Veranstaltungen (NÖ/Gmünd, Ktn./Klagenfurt, Bgld./Oberwart, Stmk./Grass St. Florian und Sbg./Stadt Salzburg) das Thema EU-Erweiterung den Österreicherinnen und Österreichern näher gebracht.

Ich habe in den vergangenen Monaten zahlreiche Besuche in den Grenzregionen zu den Kandidatenländern gemacht und dabei mit Schülern, Gewerbetreibenden, Bauern und Unternehmern Fragen der EU-Erweiterung diskutiert. Auf Ebenen der Fachminister haben z.B. der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, der Innenminister, die Außenministerin und der Justizminister mit ihren Kollegen aus den Kandidatenländern gemeinsame Treffen in den Grenzregionen zur Erörterung erweiterungsrelevanter Fragen durchgeführt, auch zahlreiche Parlamentarier und Abgeordnete aus den Landtagen führen regelmäßig Informationsveranstaltungen durch.

Zu den Fragen 6 und 9:

Es wird auf die Beantwortung der Frage 84 bis 86 der parlamentarischen Anfrage Nr. 3394/J vom 13. Februar 2002 verwiesen.

Zu Frage 10:

Die Kosten wurden durch das Bundeskanzleramt getragen.

Zu Frage 11:

Bei den absolvierten Veranstaltungen konnten durch einen offenen und umfassenden Dialog sowohl Chancen und Risiken diskutiert als auch Vorschläge und Ideen der Bevölkerung in die Informationsvermittlung einbezogen werden.

Zu Frage 12:

Bei allen Veranstaltungen der Österreichplattform waren Vertreter der Länder/Gemeinden direkt in die Organisation und Durchführung eingebunden und standen außerdem als Vortragende zur Verfügung.

Zu Frage 13:

Die Möglichkeit der Einreichung von Projekten wurde bereits bei dem ersten der regelmäßig stattfindenden Netzwerkpartner-Treffen am 2. April 2001, bei dem u.a. alle Bundesländer eingeladen waren, bekannt gemacht. Sitzungs-Protokolle wurden an alle versandt.

Zu den Fragen 14 und 15:

Es wurden im Rahmen der "Österreichplattform" keine Projekte gefördert, sondern es wurden für die Durchführung konkreter Informationsmaßnahmen im Rahmen der Umsetzung einzelner Projekte Werkverträge abgeschlossen.

Die Werkvertragnehmer sind zahlreiche unterschiedliche Organisationen, deren Spektrum vom österreichischen Pensionistenverband, dem Seniorenbund, der WKÖ, den Büchereien Wien oder dem Klimabündnis Österreich, bis hin zu Organisationen wie dem Regionalmanagement Burgenland oder Radio Orange reicht. Aufgrund der zahlreichen Einzelprojekte ist eine detaillierte Auflistung jedes Einzelprojekts nicht möglich.

Zu Frage 16:

Da seitens des Bundeskanzleramtes keine Förderverträge abgeschlossen wurden, ist die Frage nach den Auswahlkriterien obsolet (siehe Beantwortung zu Frage 15).

Zu Frage 17:

Für die oben angeführten Projekte wurden insgesamt € 690.391 (9,5 MioS) aufgewendet, wobei ca. die Hälfte durch die Wirtschaftskammer Österreich und je ein Viertel durch die Industriellenvereinigung sowie das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten getragen wurden.

Zu den Fragen 18 und 19:

Die Erweiterung der Union ist im Interesse Österreichs, sowohl politisch als auch wirtschaftlich. Daher unterstützt die Bundesregierung den Erweiterungsprozess, der mittlerweile auch von einer großen Mehrheit der Österreicherinnen und Österreicher begrüßt wird.

Was die Kosten der Finanzierung anbelangt wollen wir die in Berlin festgesetzten Mitgliedsbeiträge von 1,27% des Bruttonettoprodukts unterschreiten; Zielgröße sind rund 1,1% des BSP an EU-Beiträgen bis zum Ende der Finanzperiode.

Zu Frage 20.

Bereits von der Öffnung der Märkte der Kandidatenländer hat Österreich profitiert. Die zukünftige Erweiterung der EU wird das Wirtschaftswachstum in den MOEL beschleunigen, was der Europäischen Union und insbesondere für Österreich Vorteile bringen wird. Gemäß WIFO-Makromodell könnte die Erweiterung zusätzliche Wachstumsimpulse von 0,75% des BIP kumuliert auf 5 Jahre schaffen, das entspricht dem Volumen einer Steuersenkung. Ferner wird die Erweiterung einen zusätzlichen Anstieg der unselbständig Beschäftigten um 27.500 bis 2010 mit sich bringen.

Zu Frage 21:

Österreich hat bereits in der Vergangenheit vom Liberalisierungsprozess sowie der Öffnung der Märkte in den Kandidatenländern profitiert. Die Kandidatenländer Mittel- und Osteuropas waren bereits in den neunziger Jahren ein entscheidender Motor für die Exportentwicklung Österreichs und konnte über mehrere Jahre hinweg vor allem bei Exporten in die unmittelbar angrenzenden Nachbarländer sowie Polen zweistellige Zuwachsraten verzeichnen. Der Anteil der Exporte in die Kandidatenländer nahm von etwa 7% (1990) auf über 13% zu. Die Kandidatenländer gehören somit zu den wichtigsten Handelspartnern Österreichs.

Österreichs Exportunternehmen haben die Chancen der Ostöffnung und der zunehmenden Integration der Kandidatenländer in hohem Maße genutzt, innerhalb von 10 Jahren verdreifachten sich die Exporte in die 10 Kandidatenländer Mittel- und Osteuropas. Aus dem im Vergleich zu den Importen rascheren Exportwachstum konnte Österreich seine Handelsbilanz kontinuierlich verbessern. Zwischen 1998 bis 2001 lag der jährliche Handelsbilanzüberschuss bei rd. 1,9 Mrd. €.

Mit der weitgehenden Beseitigung der Barrieren für ausländische Direktinvestitionen und andere Formen des Kapitalverkehrs intensivierten sich die Kapitalströme für Direktinvestitionen in die mittel- und osteuropäischen Kandidatenländer.

Österreichs Unternehmen haben sich sehr rasch auch in Form von Direktinvestitionen in den Kandidatenländern engagiert und gehören zu den wichtigsten Investoren.

Der Bestand der österreichischen Direktinvestitionen in den 10 Kandidatenländern Mittel- und Osteuropas erreichte laut WIFO Mitte 2001 über 7 Mrd. €.

Insgesamt hat Österreich bereits jetzt in hohem Maße von der Ostöffnung profitiert. Mit Hilfe eines makroökonomischen Modells wurden vom WIFO die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der Ostöffnung auf Österreich in den Jahren 1989 bis 1997 geschätzt. Über diese Periode kumuliert trug diese zum realen Anstieg des BIP in Österreich 3,3% bei. Die Zahl der durch die Ostöffnung bis 1997 zusätzlich unselbständig Beschäftigten ist um 1,9% bzw. 57.000 gestiegen.

Zu den Fragen 22 bis 24:

Ähnliche Umverteilungsmechanismen gibt es auch in Österreich, etwa den Finanzausgleich. Die Strukturfonds und der Kohäsionsfonds erfüllen in der EU die Rolle eines Finanzausgleichs. Es handelt sich aber nicht um eine reine Umverteilung ex post. Vielmehr soll durch gezielte Förderung der regionalen und nationalen Entwicklung der Empfänger (Wachstumspolitik) zum Abbau der wirtschaftlichen und sozialen Disparitäten beigetragen werden - dies mit dem Ziel, dass der Bedarf nach derartigen Ausgleichsmaßnahmen zumindest langfristig geringer werden sollte.